

Kampfbogen

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einheitsverlag nach Verlagsplan vom 26. März 1923, 250 Bl. durch die Post 6500 Bl. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Arbeiter-Gemeinschaft Halle-Merseburg, Humboldt-Halle, Verdenstr. 14. Nummer 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Streifen 12-11 u. 4-5 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 180 M. für den Millimeter Höhe und Spalte: 900 M. für Restumsatz, anfallend an den dreizehntägigen Zeitstellen. Einzeln bis zum 1. April 1923. Bestellschluss: 1055 bis 1056, Postfach, Halle.

Einzelpreis 180 Mark

Donnerstag, den 26. April 1923

3. Jahrgang, Nr. 97

„Freie Bahn dem Faschismus!“ Es gibt keine „endgültige“ Lösung!

Von E. Berg

Die Parlamente und die Abwürgung des proletarischen Selbstschußes

Gestern haben die Landesparlamente sich mit der Frage der faschistischen und proletarischen Selbstschußbewegung beschäftigt. Die württembergische Regierung hat auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung eine Ausnahmeordnung erlassen, die dem Verfallungsbeschluss der Regierung in allen Einzelheiten vorgeht. (In der württembergischen Regierung ist bekanntlich der Sozialdemokrat Sel.) Damit will man eine Handhabe gewinnen, schon jetzt in Württemberg die proletarische Selbstschußbewegung, die dort den Faschisten unheimlich mit zu erliegen.

Der bayerische Landtag hat über die Sturmtruppen der nationalsozialistischen Selbstschußbewegung beraten und den Antrag der SPD, die die Auflösung aller Selbstschußverbände forderte, abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag der bayerischen Volkspartei, die die Auflösung der staatsgesetzlichen (gemeint sind die proletarischen) Selbstschußverbände forderte. Der Innenminister Schmezer erklärte dabei in seiner Rede ausdrücklich, daß die staatsrechtliche Bewegung der Hitler und Ludendorff nicht staatsrechtlich ist. Damit haben die Nationalsozialisten in Bayern auch gleich das Monopol auf Terrorisierung der Arbeiterschaft erhalten.

In der getagelten Reichstagsung sollte über das Justizhausgesetz, „zum Schutze des deutschen Volkes“ zum dritten Male abgelehnt werden. Durch die abermalige Obstruktion der Kommunisten und der SPD, gelang es noch einmal, die Abstimmung zu verhindern. Der deutsche sozialparteiliche Abgeordnete Kahl machte während der Beratungen eine interessante Mitteilung, daß die Sozialdemokraten Müller und Kahl abgelehnt haben, um durch geringe Abstimmung der Vorlage eine Vermittlung anzustreben. Die SPD, welche dann zwar auch noch gegen die Vorlage stimmte, aber auf die Obstruktion verzichtete. Damit läßt sich aber in Preußen in den nächsten Tagen das Justizhausgesetz zur Annahme, so daß also in dem Reich die endgültige Selbstschußbewegung und der Weg für den Faschismus freigegeben werden soll.

Der Gesetzentwurf „gegen Verfallungsprengung“ im Reichstag (Eigener Bericht)

Berlin, 24. April.

Am Dienstag wurde die zweite Beratung des von den Mittelpartien beantragten Gesetzentwurfes gegen Verfallungsprengung im Reichstag fortgesetzt.

Hg. Vogelstein lehnt den Gesetzentwurf ab. Die Verfallungsprengung bedinge auch die Freiheit für den politischen Gegner des Verfallungsprengers, in den Verfallungen zum Wort zu kommen. Das hier beantragte Gesetz habe gar nichts mit dem Schutze der Republik zu tun, es diene vielmehr dem Schutze der faschistischen, rechtsförmlichen Selbstschußbewegungen. Für Hitler und seine Kreise erklären die republikanischen Selbstschußbewegungen, daß im „Höllischen Boßhaft“ ungenügend das Deutsche Reich einen „marxistisch-jüdischen Sankt“ nennen. Die bayerische Regierung hat vor den Hitlertruppen völlig kapituliert.

Von mehreren Parteien ist namentlich die Abstimmung über die Vorlage beantragt worden. Hg. Hennig (deutschsozial) stimmt natürlich der Vorlage zu. Im Verlaufe seiner Ausführungen kommt es zu einem großen Kampf mit den Sozialdemokraten, dem der deutschsozialistische Hennig weichen muß.

Der bayerische Gesandte von Feger erklärt in schnoddrigem Ton, in Bayern dürfe volle Verfallungsfreiheit. (11) Widerspruch und Anrufe sind. Daß die bayerische Regierung zugunsten imstande sei, habe sie bei der Verhängung des Ausnahmezustandes bewiesen. Für die bayerische Regierung würde es eine große Erleichterung sein, wenn dieser Entwurf Gesetz würde. (Anrufe links.) Genosse Kemmel erklärt in seinen Ausführungen, daß in den kommunistischen Verfallungen die bayerische Polizei maßlos Spieß hat, die unsere Feder verheulen. Der Verfallungsbeschluss soll nur für Faschisten gegen links gelten, wie ja auch der Verfallungsbeschluss der Republik nur zur Anhebung der Freilegung. Die Faschistenbewegung in Deutschland wird genau wie in Italien von den Großindustriellen finanziert. Genosse Kemmel verliest verschiedene Dokumente, aus denen die weitgehenden Verfallungen der Faschisten bewiesen werden. — Die Faschisten Berlin haben in englischer Fälschung mit der Verfallungsbestellung la und mit dem Regierungsrat Dr. Weich. Die Faschisten Kreise, die heute für den Verfallungsprengung eintreten, bilden selbst faschistische Sprengstoffe gegen die Verfallungen der Linksparlamente.

Nachdem dann noch der Hg. Dr. Covi (Soz.) sich in scharfer Weise gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte gewendet hatte, brachte er den Reichsjustizminister noch dazu, sich über das Gesetz und die Aufhebung Berlins gegen die Reichsgerichte und die Verfallungen des Staatsgerichtshofs zu äußern. Herr Feinze bedröhte die bayerische Verfallungsbewegung und verurteilte die Annahme des sogenannten Verfallungsbeschlusses.

Nach Zurückweisung des Antrages des Hg. Dittmann (Soz.), den Entwurf an den Ausschuss zu überweisen, ergibt sich nach der vorgenommenen Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Nach Wiedereröffnung der Sitzung schlägt Präsident Dörbe die Fortsetzung der abgebrochenen Beratung auf Mittwoch 2 Uhr vor. Es liegen außer der Fortsetzung der Verfallungsprengungsvorlage

kleinere Vorlagen und der Etat des Wirtschaftsministeriums auf der Tagesordnung.

Berlin, 25. April.

Zu Beginn der heutigen Sitzung verlas Dittmann (SPD) eine scharfe Erklärung, die das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbrandmarke und das Vorgehen der Reichsgerichte, besonders im Hinblick auf die Einheitsfront im Rückgrat verurteilt.

In diese Erklärung schloß sich eine sehr erregte Debatte. Schulz (Promberg), Kahl, Koch, Well, Andre, Behrendt, nur alle Führer des Reichstages, verwarfen sich lebhaft gegen den Vorwurf, daß sie die Einheitsfront fördern und mit dem Gesetz Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiter schaffen wollten.

Nach hundertlangem äußerst hitzerührenden Auseinandersetzungen kam der Antrag der SPD auf Aufhebung von der Tagesordnung, worüber namentlich abgestimmt wurde. Es ergab sich, daß die Rechte für sich mehrer nur über 200 Abgeordnete verfügte, also allein nicht beschlußfähig war.

Es wird zunächst die letzte Beratung fortgesetzt, bei der Genosse Herzfeld das Wort erhielt. Er begründet die Auseinandersetzung als ein Zeichen der endgültigen Trennung der SPD, von den bürgerlichen Parteien und besonders noch einmal den radikalen Verfall, die Verfallungsfreiheit der Arbeiter zu fördern.

Minister des Innern Deier, der bisher beharrlich geschwiegen hatte, schwingt sich endlich dazu auf, auch seinerseits eine Lanze für den bürgerlichen Antrag zu brechen. Die Landesregierungen können mit den vorhandenen Machtmitteln nicht mehr aus, deshalb seien neue Bestimmungen notwendig, die mit „absoluter Unparteilichkeit“ gegen rechts und links angewandt werden sollten.

Dem Genossen Kemmel gab das Veranlassung, noch einmal die bayerische Schande festzustellen. Er weist darauf hin, daß in Bayern die Reichsverfassung schon längst außer Kraft sei, daß verfallungsmäßige Rechte in Bayern überhaupt nicht mehr gelten und dort eine brutale Parteiherrschaft walle. Was wolle der Minister Deier tun, um in Bayern rechtliche Verhältnisse herzustellen?

Deier beschränkt sich auf die laune Antwort, wenn der Verfallungsbeschluss gewürdigt sei, werde er auf Durchführung der verfallungsmäßigen Rechte auch in Bayern dringen.

Nun leitete die Obstruktion ein wie gefolgt. Die ganze Linke verließ den Saal, um das Haus beschlußfähig zu machen. Die Geschäftsordnung ist insofern so unklar, daß die Linke nicht voll gelang. Die Beschlußfähigkeit wurde erst festgestellt, als von allen Seiten namentliche Verfallungen beantragt waren und die ganze Linke bei der ersten namentlichen Abstimmung geschlossen den Sitzungsstapel verließ. Der Präsident leitete eine neue Sitzung eine halbe Stunde später an zur Erledigung der sonst noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände. Das Verfallungsprengengesetz ist diesmal also abgelehnt.

In der zweiten Sitzung wurde debattiertes der Nachtragsetz erledigt und ein gemeinsamer Antrag aller Parteien auf Regelung der Krantenfallbeiträge für die Kurzarbeiter. Nächste Sitzung Donnerstag, den 3. Mai, 2 Uhr: Interpellation über die Auflösung der Deutschsozialistischen Freiheitspartei.

Hannover faschistisches Aufmarschgebiet

In einer öffentlichen Verfallung nahm die Arbeiterschaft Hanovers teil. Der Faschismus legte eine neue Sitzung eine halbe Stunde später an zur Erledigung der sonst noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände. Das Verfallungsprengengesetz ist diesmal also abgelehnt.

Hannover ist als Aufmarschgebiet der Faschistenbanden gegen die Arbeiterschaft in Thüringen, Sachsen, Mitteldeutschland und Berlin gedacht.

Darum: Arbeiter aller Orte und Hannovers!

Hört unseren Ruf, handelt, bildet Abwehrhundertschaften, verhindert, daß Hannover das Aufmarschgebiet der Faschisten wird! Hebt Solidarität mit den Arbeitssoldaten in Thüringen, Sachsen und Mitteldeutschland!

Unterschiedet sich der Aufmarsch von Arbeitern der SPD und SPD. Und wie über die Parteigranten hinweg sich die Arbeiterschaft Hanovers sich zum Aufmarsch zusammenfassen, so schloß sie über die Parteigranten hinweg zur Abwehr sich zusammen; ihre Hundertschaften bestehen aus Arbeitern aller Parteien.

Vergeblich versuchen die SPD-Führungen den Selbstschuß zur Parteieinrichtung umzuwenden. Vergänglich heft Genossin keine Spieß gegen die proletarischen Hundertschaften. Die Arbeiter aller Orte kennen ihre Pflicht gegen den Faschismus: die abwehrbereite Einheitsfront.

Dregelsch-Waffenlager in Oberschlesien

(Eigene Drahtmeldung)

Breslau, 25. April.

Am 19. April wurde in Bieschütz mit Hilfe der Schuppe ein Waffenlager der Dregelch ausgehoben. Es wurden 85 Gewehre, zwei schwere Maschinengewehre und ungefähr 100 000 Schußmunition gefunden. Dregelch Waffenhand wurde an der Kolonie Annalen, gehörig zu Bieschütz, gemacht. Die Waffen waren beim Schächter Siegel im Schweißelack verpackt. Die Gewehre müßten kurz vorher ausgehoben worden sein, denn der Dregelch hat noch daran.

Das oberste Faschistenregiment rüstet zum Arbeitermord. Geheimes Annehmen des oberste Faschisten Selbstschußes wird von den Faschisten als Freiheits betrachtet. Um so notwendiger ist jmds. geschlossene Abwehr der Faschistenarbeiterschaft.

In den Debatten über die Reparationsfrage lautet immer wieder die Frage der „endgültigen Lösung“ auf. Die bürgerlichen Faschisten wollen mit dem Sozialpatrioten jeden Kampf nach dem Ausweg, der den unfähigen Zusammenstoß zwischen den bürgerlichen Staaten unmöglich machen soll. Ausweglos begannen. Einen einzigen Frieden wollten kapitalistischen Staaten kann es nicht geben. Der „Theoretiker“ des einzigen Friedens ist Hilferding, der in einer großen wissenschaftlichen „Studie“ der bürgerlichen Weltanschauung, „Schmollers Jahrbücher“ unlangst ausführte, es gäbe im Kapitalismus zwei Arten der Überwindung der Gegenwart: die alte Methode der Überwindung des Gegners und freie Konkurrenz und die neue Vereinigung zu einem höheren Gebilde: Kartell, Trust. Ebenso würde nunmehr auch auf dem Gebiete der internationalen Politik an Stelle der Austragung der Differenzen durch Kriege das friedliche „Aus-dem-Wegeschaffen“ der Gegenseite durch internationale Formen der Organisation: Kartellbund, Anternationalisierung usw. treten.

Diese Theorie liegt — bewußt oder unbewußt — der ganzen Außenpolitik der Sozialpatrioten zugrunde. Wir wollen hierzu folgendes bemerken:

Es war weder der hohe Wille noch die Unfähigkeit der französischen und der deutschen Bourgeoisie, die den Weltkrieg hervorgerufen hat. Und es war nicht die Dummheit Kainars, die zu dem gegenwärtigen Ruhrkonflikt führte, sondern es waren die immensen Interessen der kapitalistischen Gesellschaft. Die französische, an der Schwerindustrie bereicherte Bourgeoisie suchte ja die Vereinbarung mit der deutschen unfähige Male. Die deutsche Bourgeoisie ist — trotz aller patriotischen Phrasen, trotz des passiven Widerstandes — gerne bereit, mit der französischen zu verhandeln. Darüber kann kein Zweifel bestehen! Durch die neue Festschreibung der politischen Grenze ist ja der produktionssteigende und der durch den Standort bedingte Zusammenstoß zwischen französischem Erz- und deutscher Kohle nicht auf der Welt geschafft. Und doch ist es zu der Sozialpartei gekommen! Weil eben die Gegenstände objektiver Natur sind und nicht vom guten Willen oder von der Einsicht der Politiker abhängig sind.

Die Reparationsfrage kann nicht endgültig gelöst werden, weil

1. Deutschland als kapitalistischer Staat tatsächlich nicht imstande ist, seinen fälligen Wertprodukt jene Riesenmenge zu entnehmen, die nötig wäre, um die französische Bourgeoisie von allen materiellen Folgen des Weltkrieges zu entlasten!
2. Selbst wenn die deutschen Kapitalisten imstande wären, diese Riesenmenge durch die verfallene Ausbeutung des deutschen Proletariats herauszubohlen, könnte keine Naturalform der Leistungen gefunden werden, in der Frankreich als kapitalistischer Staat diese Summe annehmen könnte. Geld hat Deutschland nicht. Will es Hüter auf Rechnung der Reparation bauen, so müssen sich die französischen Bauindustriellen; liefert es Maschinen, protestiert die französische Maschinenindustrie um im vergangenen Jahre hatte Frankreich an Schmelzungen für mehr als 700 Millionen Goldmark von Deutschland erhalten dürfen; es hat nur einen Bruchteil erhalten. Einmal hat bedeutend mehr als seinen Anteil angefordert und erhalten, weil es eben ein agrarisches Land ist, das die deutsche Industriemacht gut brauchen kann.

Die Reparationsfrage ist ausweglos! Es gibt dafür keine endgültige Lösung. Die Gegenstände der hochkapitalistischen Länder lassen sich heute weniger als je friedlich überwinden. Nachdem die französische Bourgeoisie Riesenmengen auf dem Ruhrermarkt verzettelt haben wird, nachdem die deutsche Reichsbank — ebenfalls nach dem Rezept Hilferdings und der Sozialpatrioten — die letzte Goldreserve für den nationalen Widerstand den großen Kapitalisten geopfert haben würde, wird die deutsch-französische Bourgeoisie verfallen, einen Ausgleich ihrer Interessen zu finden, natürlich auf Kosten des Proletariats beider Länder. Aber der Ausgleich kann keine endgültige Lösung bringen. Deutschland kann die verfallene Summe nicht zahlen, Frankreich kann als kapitalistischer Staat derartige Reparationsleistungen überhaupt nicht annehmen, ohne seine kapitalistische Wirtschaft in die größten Schwierigkeiten zu stürzen. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht auf das Neben von Geschenken eingerichtet.

Und hinter dem deutsch-französischen Konflikt steht der viel wichtigere englisch-französische Konflikt. Die „Wütenden“ rufen auf schärfste gegeneinander. Weder die französische noch die englische Bourgeoisie will von der „Harmonie-Theorie“ der Sozialpatrioten — Vereinigung auf höherer Basis — etwas wissen. Diese Theorie ist gut für eine niedergeschlagene Bourgeoisie wie die deutsche, die ihrer tatsächlichen Herabdrückung zu einer Kolonialbourgeoisie auf diese Weise ein Mäntelchen umhängen will. Aber so lange eine Bourgeoisie die Macht dazu hat, wird sie immer versuchen, die Gegenstände mit den Waffen auszutragen.

Darum: Weg mit der Harmonie-Theorie! Das kapitalistische Proletariat muß wissen, daß zeitweilige Vergleiche auf seine Kosten zwar möglich und momentan auch wahrscheinlich sind — daß aber die bewaffnete Austragung der Konflikte aus dem kapitalistischen System nicht beizugeht werden kann. Die Kriegsgelahr besteht im Kapitalismus ständig; es gibt in ihm keine endgültigen friedlichen Lösungen!

Deutscher Reichstag

Biersteuer — Wirtschaftsministerium — Antilipatrioten

Am Montag wurde im Reichstag der Entwurf eines Biersteuererlasses dem Steuerausschuß überwiesen. Die Biersteuer soll hier nach nachherstehender Tabelle in Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft vollständig aufgehoben werden. Als einziger Redner hierzu protestierte Genosse Koenig dagegen, daß die Biersteuer, die bisher 1 Milliarde erbringt, fast 100 bis 120 Millionen erbringen soll. Wegen dieser neuen Steuererhöhung an einem Malenartikel sei unjohliche Einwirkung zu erwarten, als nach der Vorlage die Regierung freie Hand erhalten wird, die Steuer ohne Beratung des Reichstages weiter zu erhöhen.

Nach Annahme des Gesetzes über Anpflanzung der Geldstrafen an die Geldentwertung in zweiter und dritter Lesung, wurde Johann die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Genosse Koenig sprach charakteristisch hierüber die Ausführungen seines desillusionierten Korrespondenten kurz und treffend dahin, daß er für die Großindustrie den Grundlag proklamiert habe: Keine Frage ohne zu leiden! Unter Redner wies dann darauf hin, daß nicht nur der transpazifische, sondern auch der deutsche Kapitalismus Arbeitervorden auf dem Gewissen hat. Ueber die Vorgänge in Wilhelm löwlet die bürgerliche Presse wieder einmal in den Gemütern, um gegen die Kommunisten zu hetzen, die in ihrem Verstande die Beziehungen zu beizügeln. Dabei ergriffe der Nationalismus der Arbeiter in um so mehrwertigem Maße angesichts der Tatsache, daß die Badischen Antilipatrioten sogar Arbeiter zur Munitionserzeugung nach Frankreich geschickt hat (und zwar nach Toulouse).

Die Antwort des Ministers Dr. Bredt war ein histolisches Stammel. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt erklärte, daß die Gehalts- und Lohnempfänger in ihrem Einkommen weit zurück hinter der Preisentwertung der Industrie und Handel zurück geblieben sind. Besonders die Kleinindustrien leiden mit ihren Preisen weit über dem Dollarsatz. Im übrigen gab er ziemlich unumwunden zu, daß die Kommunisten an den Minister-Vorgängen keine Schuld tragen.

In später Abendstunden kam Genosse Koenig nochmals zum Wort. Er führte aus, daß die Minister ein Beispiel eines Rechtsfertigung des Landesverrats sei, den die Badischen Antilipatrioten begangen. Die Gesamtproduktion des Reichs Opa und weiter ins Ausland. Schon seit Monaten sind die Ingenieure und Chemiker vieler Werke in Frankreich (wie auch der genau orientierte Abg. Curtz) festgehalten, um dort die Munitionserstellung nach deutschen Rezepten gegen Deutschlands zu treiben.

Das Ministergehalt wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teiles der USPD, ebenso der größte Teil des Etats angenommen. Der Rest des Etats steht am Dienstag auf der Tagesordnung, ferner Versammlungsprinzipale und Reichsarbeitsministerium.

Aus der Partei

Warnung

Wir warnen vor einem gewissen Herrmann Weidmann, der bereits vor längerer Zeit aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden ist. W. verdächtig, daß bei Betratung der Arbeiter und auch der Partei wieder zu erschleichen. Er war im Hebräerheimer Kupferwerk, Frankfurt a. M. beschäftigt. Kürzlich wurde er neben ca. 300 anderen Arbeitern aus dem Werk entlassen. Er war Betriebsrat und lag der Direktion eine Geschichte vor, daß er von den französischen Behörden ausgewiesen worden sei. Er verzögerte lange zwei Millionen Mark Afrika. Die Direktion hat ihm 1 1/2 Millionen an die Weidmann in die Tasche gesteckt. Die Reformisten nutzen diese Angelegenheit gegen die Kommunistische Partei aus, da sie Weidmann als Kommunist ausgibt. Demgegenüber erklären wir: Weidmann wurde bereits im Jahre 1924 aus der Partei ausgeschlossen. Die Weidmann hat sich während der letzten Monate abgesetzt. Wir warnen alle Parteiorganisationen vor diesem Individuum.

Beitrag Einnahme: Im Monat März wurden von unserer Partei 254 Veranlagungen abgehoben, die sich mit der Regierungstrafe in Sachen und mit dem Kriegsteil beschäftigten. Ueberall waren unsere Veranlagungen außerordentlich hoch beachtet.

Beitrag Platz: Im Bezirk wurden 50 öffentliche Veranlagungen abgehoben, in denen zur Ausbehebung Stellung genommen wurde. Alle Veranlagungen waren überfüllt, etwa 20 Veranlagungen wurden uns durch die Besatzungsbehörden verboten.

In Wilmanns ist es in der letzten Woche zur Stellung der USPD gekommen. Es hat sich eine neue Liste gebildet, der etwa 200 Arbeiter angehören. 40 Genossen sind zu unserer Partei übergetreten.

Parteitag der KP-Rußlands

Moskau, 23. April.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands eröffnete die Fragen der Steuerpolitik auf dem Lande. Der erste Berichterstatter, Kamenow, führte aus, daß die Grundfrage der gegenwärtigen bolschewistischen Politik auf der Untersuchung der sozialistischen Situation im Bauernstand beruht. Die schonende Stellungnahme zum Bauerntum bedinge. Die Steuerpolitik dürfe nicht gegen den Bauern, der heimatbedürftig ist, werden, sondern müsse seinen Ausbeuter, den Bauer treffen. Im vergangenen Jahr habe das Bauerntum 25 Prozent der Staatssteuern, darunter 17 Prozent direkte Steuern, gezahlt. Im kommenden Jahre werde die direkte Belastung des Bauern durch die Steuererhöhung der Staatlichen auf 21 Prozent des Budgets steigen, das heißt 420 Millionen Goldrubel betragen. Außerdem müsse das Bauerntum für seinen Bedarf Produkte der Staatsindustrie für 500 Millionen Rubel kaufen. Kamenow schlägt die Gesamtbelastung der Produktion der Bauern auf vier Milliarden Rubel und hält diese Belastung für nicht zu behebend. Sie sei geringes als in der Vorkriegszeit, der Staat müsse den Bauern entgegenkommen durch die allmähliche Vermeidung der Naturalsteuer in Geldsteuer, durch die Vereinfachung aller Arten der Bauernbesteuerung in eine einheitliche Steuer und durch die Organisation der Ausfuhr des Bauerngetreides ins Ausland. Diese Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der Landwirtschaft beitragen und die Kaufkraft des Bauern erhöhen würden, würden auch zur Erhebung der Staatsindustrie beitragen.

Der zweite Redner, Kassin, sprach das Ausgabebudget und die Rücklagen und erklärte, daß 32 Prozent davon die Ausgaben für das Transportwesen betragen, dessen Bedeutung dem Bauerntum sehr klar sei. Nur dank der Wiederherstellung des Transportwesens sei es gelungen, viele Millionen Bauern vor dem Hunger zu retten. Die Bauern hätten begriffen, daß die hohen Steuern auf einem anderen Wege möglich sind als die wertvolle Bauernmasse zurückzuführen. Der Volkskommissar für Finanzen, Soloninow, nimmt an, daß drei Viertel der Steuern in Naturalsteuern erhoben werden könnten, wobei die Geldsteuer hauptsächlich in den konsumierenden und die Naturalsteuer in den produzierenden Governmenten erhoben werden könnten. Stalin erklärte, daß die Nationalen Fragen und führte aus, die Grundfrage der Parteipolitik in dieser Frage liegt der Kampf mit dem großrussischen Chauvinismus, mit der tatsächlichen Ungleichheit der verschiedenen Nationalitäten und mit der chauvinistischen Orientierung einiger nationaler Minderheiten. In dem einen Verband der Sowjetrepubliken lasse, lasse die kommunistische Partei keine Schwierigkeiten in einem überflüssigen Zusammenleben der Völker und glaube, daß nur beim freiwilligen Zusammenfluß und bei der rechtlichen Gleichheit der Mitglieder des Verbandes letzterer klar sein werde. Stalin ging jedoch hauptsächlich auf Transkaukasien ein, wo während der menschenwürdigen Periode viele nationale Zusammenhänge vorgekommen seien. Die Nationalen die Elemente der Staatsmacht der transkaukasischen Republiken in der Bestand der Sowjetrepubliken durch eine transkaukasische Föderation, denn nur im Rahmen dieser Föderation wür-

den die Arbeiter und Bauern zu einer wirklichen Marktwirtschaft die Lösung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Not gelangen. Der Bericht Stalins wurde von allen Delegierten mit Beifall aufgenommen.

Internationales

Eine legale kommunistische Partei in Amerika

Die bis jetzt illegal existierende „Kommunistische Partei Americas, Section der KP“, wandte sich am 7. April an die Weidmannen 1921 gegründete „Arbeiterpartei“ (Workers Party) mit folgendem Brief:

„Genossen! Die Kommunistische Partei Americas stellte auf ihrem dritten Kongreß in New York am 7. April unter Teilnahme von Delegierten aus allen Bezirken des Landes, nach erschöpfender Debatte, einstimmig die Tatsache fest, daß die Workers Party, der Mitglieder der Kommunistischen Partei angehören, sich in eine kommunistische Partei verwanbelt hat. Infolgedessen beschloß der Parteitag einstimmig, die Kommunistische Partei aufzulösen, und die Workers Party, die sich bereits der Kommunistischen Internationalen angeschlossen hat, als die einzige Organisation anzuerkennen, die in den Vereinigten Staaten den Kampf für die kommunistischen Grundzüge führt. Die Workers Party wird ermächtigt, im geeigneten Moment den Namen „Kommunistische Partei Americas“ anzunehmen.“

Wir erklären vor den Arbeitern der Vereinigten Staaten, daß es außer der Workers Party keine andere Organisation gibt, die irgendwelche Beziehungen zur KP hätte. Jede andere Organisation, die sich kommunistisch nennen würde und die Vertretung der KP beanspruchte, würde, falls durch jeden Kommunisten als eine illegale Partei der Arbeiter und Bauern betrachtet werden.

Wir bezug den Glauben, daß die Unterfertigung, die sich die Workers Party in den Arbeiterkreisen bereits erkaufte hat, ihr die Möglichkeit und die notwendige Kraft geben wird, den Kampf für den Kommunismus in den Vereinigten Staaten offen zu führen. Wir rufen alle Arbeiter der Vereinigten Staaten auf, der Workers Party in vollständigster Weise ihre Unterstützung zu gewähren, als der einzigen Partei Americas mit einem rein kommunistischen Programm.

Wir fordern alle Kommunisten auf, sich der Disziplin der Workers Party zu unterwerfen und erachten es als eine heilige Pflicht jedes Kommunisten.

Es lebe die Workers Party, die Partei des Kommunismus, in den Vereinigten Staaten!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Im Namen des Parteitag und des Zentralen Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Americas

J. Miller, Sekretär des ZK.

Dieser hochwichtige Brief ist offenbar im Zusammenhang mit dem Ergebnis des Kommunistenkongresses in Moskau, in dem Genosse Koller, der angefragt war, am geheimen Parteitag der KP, im August 1922 teilgenommen zu haben, nach mehrwöchigen Gerichtsverhandlungen freigesprochen wurde. Es ist wahrscheinlich nicht der letzte, aber dennoch ein gewaltiger Schritt im Kampf um die offene Erziehung einer KP in Amerika.

Ausland

Der englische Außenhandel

London, 23. April.

Nach den heute veröffentlichten Ziffern des englischen Außenhandels betrug der Wert der Einfuhr im Monat März 90 022 226 Pfund Sterling, das entspricht gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres einer Zunahme von 2 152 580 Pfund Sterling. Der Wert der Ausfuhr betrug 89 920 689 Pfund Sterling, was einer Abnahme um 3 860 103 Pfund Sterling gegenüber dem Vorjahre gleichkommt.

Genosse Jim Paris wurde aus Amerika zwangsweise ausgewiesen. Die irische Regierung erklärte, nach seiner Heimkehr keine Propagandataetigkeit zu unterlassen.

Gewerkschaftsbewegung

6. Ausschüßung des ADGB

Am 17. und 18. April tagte die 6. Ausschüßung des ADGB. In einer Aussprache über den Ruhrkrieg wurde die Haltung des Bundesvorstandes gutgeheißen und der Anschluß ausgedrückt, recht bald zu einem, das deutsche Volk befreienden Weltkrieg zu kommen.

Der Ausschüß sprach weiter seine Mißbilligung über das Auftritten des Sekretärs der Amsterdamer Internationale Jimmen während seiner Reise in Deutschland aus und „legte gegen die unbedingte Kritik der Kampfespolitik des ADGB. Verwahrung ein“. Ein auf der vorjährigen gewerkschaftlichen Jugendkonferenz in Leipzig vorgeschlagene Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit wurde nach einigen Änderungen gutgeheißen.

Der am meisten erörterte Tagesordnungspunkt war der über „Löhne und Preise“. Hierbei wurde noch einmal der ganze Völkern freit mit der Regierung aus Anlaß über die Erklärung zur Stabilisierung der Löhne aufgeführt, daß ein neues Gesetz herauskam. Bedenke! Bei der Stabilisierung des Unternehmens, die keinerlei Lohnverbesserungen gewährten, vollkommen unterwürdig. Ja, nicht einmal das so viel beschworene „Anpassen gewisser Löhne an das bestehende Lohnniveau“ hat, mit einigen unbedeutenden Ausnahmen, stattgefunden. Leipzig betonte, daß es außer den Auseinandersetzungen mit der Regierung auch in solchen in der Zentralarbeitsgemeinschaft und in der Arbeiterbewegung nicht abgeschlossen. Der Bundesvorstand fühlte sich aber verpflichtet, die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft und mit der Regierung weiterzuführen, um weitere Lohnverbesserungen zu fördern und durchzuführen.

Inzwischen hat diese Sitzung der Vertreter von etwa 8 Millionen deutschen Arbeiter nicht gebracht. Auch die Spitzen der freien Gewerkschaften finden sich immer mehr mit der Tatsache ab, daß der Reallohn der Arbeiter und Angestellten nur mehr ein Drittel, ja ein Viertel der Vorkriegszeit betragen. Obwohl selbst in der Periode der „stabilisierten Marktwirtschaft“ die Preise häufig weitersteigerten, obwohl seit dem neuen Marktwirtschaft die Lebenshaltungskosten rapid in die Höhe gingen, haben die Gewerkschaften weiter nichts getan, als eine Erklärung des Reichstages entgegenzunehmen, daß diesmal die Preise in nicht so hohem Maße der Entwertung der Marktwirtschaft folgen.

Und die getreuen Amsterdamer Friedlose, denen nehm die Not nicht so auf den Nägeln brennt wie den Proleten am Strandfuß, gehen geruchlos nach Hause, mit dem Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben.

Diese Amsterdamer Durchsetzungsleiter denken beliebig nicht daran, der Regierung der Gewerkschaften einmal ihre, den Arbeitern so verheerliche Freundschaft zu kündigen. Aus Furcht vor „äußen- und innenpolitischen Komplikationen“, die gewiß den Hunger der Arbeiter nicht größer machen, werden sie alle Schritte ein, die ihnen die Stimmen der Arbeiterbewegung verleiht, in der Arbeiterpolitik liegt es, diesen unheilvollen Bahn zu brechen. Mit aller Macht muß aus Werksrat und Kontor der Ruf ergehen: Her mit auskömmlichen Löhnen, unbedingte aller wirtschaftlichen Ermögung!

DDP-Hauptortland und 1. Mai

Im letzten Jahr hat das Hauptortland des DDP die Landarbeiterpolitik aufgegeben, sich an der Arbeitstube und den Demonstrationen am 1. Mai nicht zu beteiligen. Trotzdem ist eine große Anzahl der Landarbeiter am 1. Mai durch Arbeitstube und Demonstrationen an die Seite der übrigen Arbeiterklasse getreten, ent-

gegen der Ermittelung des DDP-Hauptortlandes. Diese Tatsache scheint dem Gev. Schmidt und Anklagen zu denken zu geben. Arbeitersseite aber ist ihre Arbeitseingehaltspolit mit den Gutsbesitzern schon so weit geblieben, daß sie nicht gegen die Landarbeiterpolitik am 1. Mai zu massenhaften Kundgebungen gehen die proletarische Ausbeutung kulturrellen. Es mußte wohl sein der belieren Teil der Arbeiter und freieren.

Mit seiner Hilfe wird in der letzten, vor dem 1. Mai erschienenen Nummer des Verbandesorgans am 1. Mai Erklärung genommen, daß eine (sehr ungeliebte) Kommunistische Partei. Die Kommunisten haben die Landarbeiter nicht über die Freie DDP-Steuerpolitik hinwegtäuschen. Eine noch größere Zahl Landarbeiter als im letzten Jahr wird an die Seite des lächeligen Proletariats treten und den 1. Mai als Kampftag des gesamten Proletariats begeben.

Zur Arbeitszeit der Landarbeiter

Unter der Überschrift „Kommunistische Freifreiung“ brachte der „Vorwärts“ am 17. März eine Polemik gegen die Forderung der elenden Lage der Landarbeitertinnen in der „Kommunist“ vom 15. Februar, auf die wir in der „Roten Fahne“ vom 22. März in aller Ausführlichkeit eingegangen sind. Am 7. April kommt der „Vorwärts“ wieder unter dem irreführenden Titel „Kommunistische Freifreiung“ auf unsere Ausführungen zurück und zwar in der Weise, die, fast wie ein Scherz, lautet: „Wenn Du geschwiegen hättest, wäre Du ein Meister geblieben!“

Unsere Angaben über die unerhörten Arbeitsbedingungen der LandarbeiterInnen kann der „Vorwärts“ nicht widerlegen. Aber er will den Kommunisten gegenüber recht behalten. Deshalb unterläßt er seinen Lesern die Tatsache, daß für die Zeit vom 15. März bis 15. September jeder nur 7 Stunden Nachtarbeit leistet und ein einziges Mal, die höchste, die höchste, eine achtstündige Nachtarbeit für die lächerlichen Dienstlohn in Mitteleuropa in den Monaten März bis Oktober als „wesentliche Verbesserung“ der „wesentlichen Verbesserung“ soll in der Begrenzung der Arbeitszeit durch die Festlegung der Nachtarbeit bestehen. Daß damit die Grundlage für eine 17stündige Arbeitszeit oder zum mindesten Arbeitsbeschäftigung mit Hilfe des Deutschen Landarbeitersverbandes geschaffen ist, findet der „Vorwärts“ nicht weiter beachtenswert. Es handelt sich hier ja um Dienstlohn, und das Dienstlohnverhältnis läßt sich mit den anderen lächerlichen Arbeitsverhältnissen nicht vergleichen“. Der „Vorwärts“ argumentiert hier also genau so, wie das Unternehmertum, wenn es der Arbeiterfrage oder einer bestimmten Schicht innerhalb der Arbeiterfrage besonders harte Kassen aufstellt. Mit einer solchen Auffassung fällt aber die Arbeitstube nicht nur, sondern auch die gesamte soziale und Pausengestaltung im allgemeinen auf das schändlichste in den Rücken.

Auch durch seine Stellungnahme zur Lage der Deputiertenfrauen auf dem Lande offenbart der „Vorwärts“ in seiner Polemik gegen uns seinen wahren Charakter. Die Arbeiterbeschäftigung der Frauen der Deputierten-Arbeiter durch die neu abgeschlossenen Tarife schaffen ist findet der „Vorwärts“ nicht weiter beachtenswert. Er spricht der „Tradition“ der Ausbeutung der Landarbeitertätigkeit, sie bringt also lediglich eine Regelung dieses Arbeiterverhältnisses, also sogar einen Rückenschritt. Auf Grund der ausbeuterischen Traditionen mag die Arbeitstube in Deutschland ruhig verreden; der „Vorwärts“ wird dann auch das feststellen.

Ein weiterer Kommentar zur der nachmaligen Polemik der USPD und des Deutschen Landarbeitersverbandes gegen unsere Angaben in der „Kommunist“ erscheint uns überflüssig. Ihr Verhalten ist durch sie selbst genügend gekennzeichnet. Die Arbeitstube aber muß daraus die Konsequenzen ziehen.

Das Stinnesgefiß der sozialen Musterinstitute Zeit und Spott

Jena, 24. April.

Seute früh 6.30 Uhr trat die Delegierten der Sa. Zeit geschlossen in den Streit: einige Stunden früher bereits die Arbeitertätigkeit der Glasarbeiter und Genossen. In diesem Kampf um die Zeit sind 6000 Arbeiter beteiligt. Der Streit geht um die Unternehmung des Tarifschlechtsam ausgeprochen hunderttausenden Lohnzusage. Heute vormittag fanden mehrere überfüllte Betriebsversammlungen statt, in der einmütig der Wille zum Ausbruch kam, unter keinen Umständen von den Forderungen zurückzutreten. Es ist dies der erste Arbeitertag der Arbeiter der letzten Jahre. Große Betriebe in solchem Umfange und solcher Geschlossenheit durchzuführen.

DDP-Mitglieder, erzwingt die Generalversammlung!

Immer noch läßt der Hauptvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes die Mitglieder im Unklaren über das Stattfinden der Generalversammlung, die statutenmäßig in diesem Frühjahr stattfinden mußten. Will der Hauptvorstand des DDP, überhaupt keine Generalversammlung stattfinden? Oder will er zur Sicherung einer ihm gefälligen Mehrheit die Mitglieder überzumpeln, indem er die Bekanntgabe der Generalversammlung und die Vorbereitungen dazu auf so kurze Zeit vor dem Stattfinden bemittelt, daß die Mitglieder keine Möglichkeit mehr zur Stellungnahme haben? Landarbeiter des DDP! Nehmt in Euren Disziplinierungsversammlungen sofort in dieser Frage Stellung! Zwangt das Stattfinden der Generalversammlung und die rechtzeitige Bekanntmachung!

Niederlage der USPD in Hamburg. Eine Niederlage holte sich die USPD bei der Betriebsratswahl in der Fischereimission in Curhaven. Im vorigen Jahre war der Betriebsrat aus 4 USPD-Vertretern und einem Kommunisten zusammengesetzt, in diesem Jahre gegen dem Betriebsrat 5 Kommunisten an. Auf die Liste der USPD, die 10 Kandidaten enthielt, entfielen ganze 6 (!) Stimmen.

Bom Tage

Schweres Grubenunglück

Waldenburg i. S. 24. April. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich am Abendhast der Fühlsteinen Gruben, wo an der Einbindung eines Grubenbrandes gearbeitet wurde. In der Nacht zum Montag trafen plötzlich auf einer bisher gasfreien Strecke starke Brandgase auf. Inwieweit weitere Rettungsversuche wurde der Steiger Höpffel beauftragt, die Gase der absehbenden Wetter festzustellen. Hierbei blieb der Steiger nach 50 Metern Marter festzustellen liegen, da er entgegen der erteilten Weisung die Wetterzeiger den Brandgassen entgegen schickte. Beim Versuch ihn zu retten, wurden fünf Bergleute ebenfalls zum Tode ereilt.

Ein Schwindler. Die Wiesbacher Staatsanwaltschaft verurteilte den 36jährigen „Dr. phil.“ Josef Schmitz-Loh aus Berlin wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Untreue zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte war eine Witwe aus Sommerberg mit Hilfe gefälschter Papiere über eine Anstellung als Deputiert der Unterirdisch in Madrid zur Heirat zu überreden gelungen. Die Unterirdisch der 60 000 M. unterschrieben, eine Dame seiner Frau um 80 000 M. betrogen und wichtige Briefe in Juwelengeschäfte mit seinen Einkünften geprellt. Bei der Vernehmung ergab sich, daß der Angeklagte nur von Schwindlerinnen gelebt hatte.

Geschehen unter dem Straßensplaf. Eine eigenartige Explosion verurteilte in der Gersstraße in Schöneberg eine starke Bomben Detonation. Eine hohe Stützwand, die zwei Straßensplaf herab und eine Anzahl Arbeiterinnen wurde mit großer Gewalt in die Höhe geschleudert, so daß in der ganzen Umgebung die Fenster scheitern zertrümmert und ein Balken schwer beschädigt wurde. Die Ursache der Explosion ist darin zu suchen, daß nach einem durch einen Knall in der Straßensplaf, die unter der Straße lauf. ein Teil der Gasleitung zerbrach. Ein Glühbirne befand sich zur Zeit des Unglücks keine Personen in der Straße, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind.

Aus der Provinz

Kastriot

Bei der Sitzung des Kreisrates in Wiesbaden haben die Sozialdemokraten den Antrag der Kommunisten, 100 Millionen für den Wohnungsbau bereitzustellen, abgelehnt und damit die arbeitende Bevölkerung schwer geschädigt. Um nun den schiefen Eindruck, den diese Handlungsweise selbst bei ihren Parteigenossen hervorgerufen hat, zu vermindern, verfaßt die KPD, die Kommunisten überflüssig zu machen.

Um die Unmöglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, heute noch irgendeine der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung bessern zu können, insbesondere der Wohnungskrise, zu zeigen, zu charakterisieren, teilte der Genosse Walter in Kastriot, damit durch den Antrag, alle Häuser zu 30 Jahren zu amortisieren, damit durch die Betragsunfähigkeit der Wohnungsgenossen, daß durch die Unmöglichkeit der Regierung, dasjenige zu tun, was eben allein gefordert ist, selbst die Anwesen der Verrenteten, die durch den Sinn dieses Antrages verstanden haben.

Anders die Reaktion des „Volksblattes“. Einmal hat es überhaupt die Arbeiterklasse keine Zeitung, daß es der KPD-Propaganda nicht mit diesem Antrag gewogen ist. Wir wissen nun wirklich nicht, was größer ist, die Dämlichkeit oder die Gemeinheit der „Volksblatt“-Redakteure, die einen solchen Antrag nicht begründen können oder nicht wollen. Es muß aber feststehen um eine Partei selbst sein, die magt, solche schändlichen Unfinn allen Genossen über den Kopf zu bringen. Einmal hat es für uns sehr, daß der Antrag des Genossen Walter bei den „Volksblatt“-Redakteuren nicht mehr durchgeführt zu werden braucht, denn nach einer solchen Zeitung ist für jedermann klar, daß diese Leute bereits geflohen sind.

Das Land seiner Sehnsucht

Die wir im „Kastriot“ bereits mitteilten, hat der zu 24 Jahren Gefängnis verurteilte, holländische Arbeiter Hans Potentz mit aus Stuttgart keine Haft nicht angetreten, sondern er ist, wie sein Vater jetzt mitteilt, nach Berlin abgereist, um seine angestrebte Hochschulzeit in der Hauptstadt des Reichs zu verbringen. Potentz hat Potentz trotz des freundlichen Oberbesuchens Dr. Obermeyer nicht wollen, darum will er nun nach Köln, in einem Bogen arbeiten, um sein Leben zu retten. Wir fragen, was hätte man wohl mit demselben Arbeiter gemacht? Hätte der Oberbesuch auch bei diesen den Haftpflicht paragrafen genommen? Die Erfahrung lehrt uns, daß mit dem Verurteilten brutal umspringt und brutale Gewalt für null und nichtig erklärt. Wird der Herr Oberbesuch nicht ruhig zusehen, wie Potentz nach Bayern entweicht? Während wir diese Frage stellen, wird Potentz sich wohl schon in Bayern befinden können, wie er Dr. Obermeyer ein Schreiben geschickt hat.

Kastriot, Meißner. Das Komitee des Meißner Kreisverbandes hat am 22. April eine Besprechung in Kastriot (Kastriot) abgehalten. Die Besprechung wurde von dem Meißner Kreisverband geleitet. Die Besprechung wurde von dem Meißner Kreisverband geleitet. Die Besprechung wurde von dem Meißner Kreisverband geleitet.

Glücksburg. Eine öffentliche Gewerkschaftssitzung am 22. April, an der 22 Arbeiter teilnahmen. Die Besprechung wurde von dem Glücksburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Besprechung wurde von dem Glücksburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Besprechung wurde von dem Glücksburger Gewerkschaftsverband geleitet.

Magazin. Ein Stück in den Kommunisten. Ein Stück in den Kommunisten. Ein Stück in den Kommunisten. Ein Stück in den Kommunisten. Ein Stück in den Kommunisten.

Die Internationale Woche im Bezirk Halle-Merseburg

Die Arbeitermassen sammeln sich unter dem Banner der Kommunistischen Partei

Aus Anlaß der Internationalen Woche fanden in den letzten Tagen in einer Reihe von Orten internationale Kundgebungen statt. Diese Kundgebungen fanden einen großen Erfolg. Es hat sich gezeigt, daß die KPD, nach wie vor das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzt. Über die Kundgebungen sind uns bis jetzt folgende Berichte zugegangen:

Naumburg

Die Internationale Kundgebung am Sonntagvormittag im Saale des „Kaisers“ war überaus lebhaft und nahm einen glänzenden Verlauf. Tausende von Genossen nahmen daran teil. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet.

Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Naumburger Gewerkschaftsverband geleitet.

Schkeuditz

Die Kundgebung wurde von dem Schkeuditzer Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Schkeuditzer Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Schkeuditzer Gewerkschaftsverband geleitet.

Querfurt

Die Kundgebung wurde von dem Querfurter Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Querfurter Gewerkschaftsverband geleitet. Die Kundgebung wurde von dem Querfurter Gewerkschaftsverband geleitet.

Provinz-Chronik

Halswende. Hier wurden einige Verhandlungen vorgenommen. Die Verhandlungen wurden von dem Halswender Gewerkschaftsverband geleitet. Die Verhandlungen wurden von dem Halswender Gewerkschaftsverband geleitet.

Arbeiter-Sport

Sport und Klassenbewußtsein! Seitdem die Arbeiterbewegung in Deutschland sich als eine einheitliche Kraft herausgebildet hat, ist der Sport ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung geworden. Der Sport ist ein Mittel, um die Arbeiter zu vereinen und ihre Kameradschaft zu stärken. Der Sport ist ein Mittel, um die Arbeiter zu vereinen und ihre Kameradschaft zu stärken.

Deutsch. Sie kämpfen seit Jahren gegen den Militarismus. Wohl waren Teile des französischen Proletariats durch den Sieg verstimmt und erkannten nicht ihre Klageliste, doch ist gegen den Nationalismus, gegen den Militarismus, die französische Arbeiterklasse mit großer Empathie für die kämpfende deutsche Arbeiterklasse. Er forderte die deutsche Arbeiterklasse auf, ebenso wie die französische den Kampf gegen den Faschismus, gegen den Militarismus und gegen den Kapitalismus zu führen. Der Genosse aus Jugoslawien konnte sich sehr gut in deutscher Sprache verständlich machen. Er schilderte das Verlangen der jugoslawischen Arbeiter, ein Arbeiter zu sein, wie die Mitglieder der kommunistischen Partei waren, prägnant gemerkt und gemordet werden. Lebend wurden sie gefesselt in die Donau geworfen.

Durch die Verhaftung des französischen Genossen, die wir bereits mitteilten, und weil die Polizei aus diesen Genossen verhaften wollte, mußte er ein Nestort vorzeitig abgeben. Die Kommunistische Partei beruht nun auf dem Boden der französischen Arbeiterklasse. Die Verhaftung ist aber ein neuer Beweis für den fortschreitenden Angriff, den die Welt-KPD-Regierung gegen die Arbeiterklasse führt; sie ist ein neuer Beweis, daß selbst die durch die Weimarer Verfassung dem Volk gegebenen, im Prinzipien Rechte durch neue Verordnungen genommen werden. Die Arbeiterklasse wird sich gegen diesen Angriff wehren. Die Kommunistische Partei beruht nun auf dem Boden der französischen Arbeiterklasse. Die Verhaftung ist aber ein neuer Beweis für den fortschreitenden Angriff, den die Welt-KPD-Regierung gegen die Arbeiterklasse führt; sie ist ein neuer Beweis, daß selbst die durch die Weimarer Verfassung dem Volk gegebenen, im Prinzipien Rechte durch neue Verordnungen genommen werden. Die Arbeiterklasse wird sich gegen diesen Angriff wehren.

Föribg

Die besagte Klasse scheut kein Mittel, um die kommunistische Bewegung zu unterdrücken. Ermordung von Arbeitern, Verbot der kommunistischen Presse, Verhaftung der Führer und tägliche Begleitmaßnahmen des Klassenkampfes auch im demokratischen Deutschland. Aber wunderbar, die Kapitalisten und ihre Helfershelfer erreichen stets das Gegenteil. Statt die kommunistische Bewegung zu schwächen, sorgen sie für ihre Erfüllung. Statt die kommunistische Bewegung zu schwächen, sorgen sie für ihre Erfüllung. Statt die kommunistische Bewegung zu schwächen, sorgen sie für ihre Erfüllung.

Genosse Höcker schilderte Bedeutung und Verlauf der Frankfurter Konferenz, die nicht nur Resolutionen, sondern praktische Maßnahmen gegen den Faschismus, gegen den französischen Imperialismus und für die Errichtung der internationalen proletarischen Kampforganisationen auf dem Werk steht.

Die Verhandlungen selber haben den herrlichen Verlauf der Verhandlung. Der Arbeiter-Gewerkschaftsverband brachte am Ende der Verhandlung proletarische Kampflieder dar und mit dem begeisterten Wollengang der Internationale schloß die Teilnehmer auseinander. Für den Kampffonds der Partei wurden 24.000 Mark gesammelt.

Arbeiter sich in jene Gesellschaft drängen. Nur gleich und gleich geht zusammen. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Neue Männer sind noch so unparteiisch geblieben, auch es immer sein wollen. Sie können es nicht. Sie können es nicht. Sie können es nicht.

Genossen der Unterdrückten der besagten Klasse müssen die Arbeiterklasse ihren ungenutzten Kapitalismus und Klassenkampf an allen Gebieten entgegenstellen. Die Arbeiterbewegung ist ein Kampf um die Befreiung der Arbeiter. Die Arbeiterbewegung ist ein Kampf um die Befreiung der Arbeiter.

Zum 1. Mai! — Wohlthätige Angebote in Schuhwaren!

Sandalen, „Flexibles“	Damenhalbschuhe	braune Lederhausschuhe
Herrentiefel	braun, 27.500	32.000 39.500
36.500 39.500 48.000	27.500 32.000 39.500	13.500
12.500 22.500 29.500	14.000 21.000 24.000	
27.500 31.500 36.000		
17.500		

Schuhhaus Wiebach, Kleine Kirchenstrasse 11-12.

Licht-CT-Spiele

Am Klebeckplatz

Ab morgen Freitag:
Der mit großer Spannung erwartete,
einzig in Sendung u. Auslassung bestehende
Millionen-Frankfilm
aus der Federzeit der Königin Karoline u. Prinzessin.

Königin Karoline von England.

7 der dramatische Liebes- u. Leidens-
weg einer englischen Königin!
Eine der entzückendsten Trauergeschichten
des 18ten Jahrhunderts - ihre Jugend
im Glanz der Hofgesellschaft, ihre Ehe mit
dem Könige - ihr Lebensweg durch Schick-
saler u. Missetaten - Antigen bis zum
Tode.

Europäischen Standal-Prozess ihrer Scheidung!

In der Hauptrolle: **Carla Nielsen, Rolf Raffé.**

Die Presse sagt:
Dieser Film ist ein Meisterwerk. Sein fesselnder Reiz
erregt die Gemüter aus dem letzten Jahrzehnt
einer allmählichen Verfallensperiode um bis gerade
ausreichend zwischen allen Stellen hindurchzubrechen
Königin - eine bewusste Veranschaulichung der letzten
Kämpfe der Königin, deren Leben durch die
Kämpfe mit der Welt überaus beschwerlich, was es
für die Königin-Theater gibt.
**Der lebhafteste Beifall nach jedem Akt war
nach jeder Richtung wohlverdient!**
Die Meisterschaft der Szenen an-
genähme und von Kapellmeister
Otto Renner zusammengestellte
Musik erhöht den eindrucksvollen
Charakter der Darstellung.

Die Beilegungsfeierlichkeiten
der 13 Todesopfer in Essen!
Die einzige authentische Aufnahme.
60 000 Kopien des Längstange - 500 000 Millionen Später.

Bühne:
Ilse und Erika Berner
mit ihren neuesten Aufstellungen, erregt den
Beifall aller Besucher.
Leistung:
1. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
2. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
3. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
4. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
5. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.
6. Vorstellung: ... 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Licht-CT-Spiele

Am Klebeckplatz

Ab morgen, Freitag:
Das mondäne Sittengemälde
Du sollst nicht begehren ...

7 Akte
7 Akte

Die Reise tzungsteierlichkeiten
der 13 Todesopfer in Essen!
Die einzige authentische Aufnahme.

Joe Martin und der Alkohol!
Eine überraschende Geschichte mit dem
„Joe“ in der Hauptrolle.
Sarah Floyd, der Welt beher Komiker
in seinen besten Lustspielen.
„Er“ verdient 5000 Dollar
Rachsalben ohne Ende!
Anfang: **Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.**

Wir zahlen:

Unsortierte Lumpen	ohne Sortierung und Inso-	360
Wolle	(unsortiert)	1300
Bücher und Zeitungen	(gebündelt)	250
Alt-Papier	(unsortiert)	150
Knochen		130

Ferner benötigen wir **Waldschneckenbrut, Schneckenbrut, Kupfer, Blei, Zink, Messing** usw. für die Industrie.
Kaufen sämtliche alte, unbrauchbare Maschinen, ganze
liegende Fabriken zu fantastischen Preisen.

Paul Theuring

Kohleprodukt-Gesellschaft m. b. H., 1507
Friedr. 24, Tel. 4383 und 5658 Große Brunnenstraße 61,
Auguststraße 17 (Hof), Große Braubuschstraße 19,
Breitelstraße 34 (Hof), Annendorfer (Hauptstr.)
Querfurt (Kohle- & Holzwerke).

Sie sparen viel Geld jetzt kaufen.

ganz besondere Vorteile
in Jünglings- u. Herren-Bekleidung

Anaben- und Burschen-Anzüge
28 000, 32 000, 35 000, 45 000 und noch höher

Jünglings-Anzüge für junge Herren, in letzten Formen
75 000, 85 000, 95 000

Herren-Anzüge 1, 2 u. 3 Knöpfe, elegante Formen
85 000, 95 000, 105 000
und noch höher

Gummimäntel, Schlüpfer, Paletots und Covercoats
in großer Auswahl und billigen Preisen.

Angestellte Sachen werden auf vier bis sechs Wochen referiert.
Geldrücksprünge: Kleine Geldrücksprünge - großer Nutzen - kleiner Nutzen.

Moritz Rosenthal,

Leipziger Straße Nr. 1, im alten Rathaus.

Bekanntmachung.

Die von den öffentlichen Anstalten für das Rechnungsjahr 1922 beschlossene Erhöhung der Zuschläge zu den Realsteuern hat die Genehmigung der zuständigen Behörden erhalten. Es gelangen demgemäß zur Erhebung:
Gewerbesteuer: 150% der für aus der bisherigen Steuerordnung der Stadt Halle ergebenden Steuerleistung gleich 400% der für den finanziell veranlagten Gewerbesteuer.
Betriebssteuer: 150% der für den finanziell veranlagten Gewerbesteuer.
Grundsteuer: 52,5% des gemittelten Wertes der bebauten und der bebauten nach der Steuerordnung gleichstehenden Grundstücke und 100% des gemittelten Wertes der unbebauten Grundstücke gleich 4,75% der finanziell veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.
Die Erhöhung der Gewerbe- und Betriebssteuer tritt mit Wirkung vom 1. April 1922 an, diejenige der Grundsteuer mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 an in Kraft.
Halle, den 23. April 1922. Der Magistrat.

Teilzahlung

Herren-Anzüge
Gummimäntel
Burschen-Anzüge
Sport-Anzüge
Damen-Kleider
Arbeits-Hosen
Kostüme
Jumper
Häute-Häute
Damen-Kleider
Damen-Mäntel.

Paul Sommer,

Halle a. d. S., Leipziger Str. 14, I. u. II. Etg.
Leichte Zahlungsweise!

welche möglichst nach den Wünschen der Käufer
festgelegt wird. Nach geleisteter Anzahlung
wird dem Käufer sofort die Ware
ausgehändigt.

Bei Kaufungen, bitte Rückporto beifügen!

3 billige Verkaufstage!

Freitag • Sonnabend • Montag

Männer-Barchenthemden	11500
Monteur-Jacken u. -Hosen	11500
Pilot-Hosen	21800
Sonntags-Hosen	29000
Katt-Joppen	29000
Katt-Breches	29000
Leinwand-Joppen	22000
Schlosser-Hemden	12500
Va. Schaffkleeen	58000
Herren-Hosen	3500
Damen-Unterwäsche	5000
Damen-Hemden	12500
Primaschwarze Stern-Strickwolle	3300
Entzück. Kinder-Kleid-Schürzen	15000
Klein. Kell. Knaben-Anzüge	22000
Knaben-Mantel-Sommer-Anz.	22000

Leipziger Straße 55, am Klebeckplatz.

Bekanntmachung.

Wahl der Hebammen in die Kreishebammenstelle

Auf Grund des § 31 des Gesetzes über das Hebammenwesen vom 20. Juli 1921 und § 1 der hierzu ergangenen Ausführungsverordnungen vom 22. Januar und 23. März 1923, der §§ 3 bis 7 der Wahlordnung für die Wahl der Hebammen in die Kreis- und Kreisjugendhebammenstellen und des § 3 der Kreiswahlordnung sind folgende Bestimmungen:

1. In die Kreishebammenstelle sind zwei Hebammen und zwei Kreisjugendhebammen zu wählen. Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der Wahlordnung.
2. Der Wahlkreis bildet einen Wahlkreis.
3. In jedem Wahlkreisgebiet sind Hebammen (Wahlberechtigte) einer Hebammenliste und Kreisjugendhebammen (Wahlberechtigte) einer Kreisjugendhebammenliste in der Zeit vom 30. April bis 13. Mai 1923 einmündlich 14 Tage öffentlich aus.
4. Einprüfungen gegen die Wahlberechtigte sind unter Befolgung der erforderlichen Unterlagen spätestens binnen drei Tagen nach dem Ablauf der Auslegungzeit bei mir anzubringen und zu begründen. Innehaltend acht Tagen wird auf den Einpruch entschieden. Gegen die Entscheidung kann innerhalb acht Tagen nach Kenntniserlangung der Beschwerde an den Herrn Regierungspräsidenten erhoben werden, der endgültig entscheidet.
5. Nach Ablauf der Auslegungzeit können Wahlberechtigte nur in Verbindung rechtzeitig angelegter Einprüfungen in die Wahlberechtigte aufgenommen oder dann gestrichen werden.
6. Wählen kann eine Hebamme nur, wenn sie in der Wahlberechtigte eingetragen ist.
7. Die Zeit der Wahl der Hebammen in die Kreishebammenstelle wird auf den 30. Juni 1923, vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, festgelegt.
8. Der Wahlaustrich ist zu sammeln aus:
a) dem Vorstehenden des Kreiswahlbüros als Wahlleiter,
b) einem geeigneten Vertreter als Stellvertreter,
c) Frau Hebamme Wiedemann, Hebamme,
d) Kreisjugendhebamme Wiedemann, Kreisjugendhebamme,
e) Kreisjugendhebamme Wiedemann, Kreisjugendhebamme,
f) Kreisjugendhebamme Wiedemann, Kreisjugendhebamme.
9. Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, bis zum 1. Juni 1923 Wahlberechtigte bei dem Wahlleiter einzutragen.
10. In den Wahllokalen sind die Bewerberinnen nach Vor- und Nachnamen, Wohnort und Wohnung, in erkennbarer Reihenfolge aufzulisten. Jeder Wahlberechtigter hat mindestens die doppelte Zahl der in die Kreishebammenstelle zu wählenden Mitglieder und Stellvertreterinnen, also je 4 Namen, zu entwerfen. Eine Bewerberin darf nur einmal vorgeschlagen werden. Mit dem Wahllokal ist die Erklärung der Bewerberinnen einzutragen, daß sie zur Annahme einer Wahl bereit sind.
11. Jeder Wahllokal muß von mindestens fünf im Kreise wahlberechtigten Hebammen unter Angabe des Wohnortes und der Wohnung unterzeichnet sein. In dem Wahllokal ist eine der Unterzeichneten als bevollmächtigte Vertreterin zu bezeichnen. Diese ist zu Verhandlungen mit dem Wahlleiter und dem Wahlaustrich und zur Abänderung und Zurücknahme des Wahllokalbeschlusses ermächtigt. Jedoch die Benennung einer solchen Vertreterin, so gilt die erste Unterzeichnete als bevollmächtigte Vertreterin. Hebammen, die von Wahlaustrich als Bewerberinnen oder deren Stellvertreterinnen angesehen, können nicht bevollmächtigte Vertreterinnen sein.
12. Entfällt mehr als die Hälfte der Unterzeichneten eines Wahllokalbeschlusses förmlich, daß die bevollmächtigte Vertreterin durch eine andere ersetzt werden soll, ist dies in die Wahllokalen der früheren bevollmächtigten Vertreterin, sobald die Erklärung dem Wahlleiter zugeht.
13. Eine Verbindung von Wahllokalen findet nicht statt.

Halle, den 23. April 1923. 1504
Der Kreiswahlaustrich des Saalkreises.

Nur eine Anzeige

im gefestigten Organ der
werkfähigen Bevölkerung
und Sie sind unser künftiger Inhaber!!